

Ausgabe 4-2003

Zeitung aus der Jugend-Umweltbewegung

grünes blatt



Folter per Gesetz?

Der Jüngste Tag

Das Löwenzahn - Haus

Widerstand und Vision

MARS TV

Direct-Action-Days

Naturschutzkampagne

Revolte Springen





Inhaltsverzeichnis:

Titel	Seite 1
Inhalt & Impressum	Seite 2
Marswesen besuchen das Wendland	Seite 3
Der Jüngste Tag (offizielles Atomkriegsszenario der US-Regierung)	Seite 4
Wie sieht's aus mit dem Löwenzahn-Haus	Seite 4
Folter per Gesetz	Seite 5
Widerstand und Vision (Geschichte der Umweltbewegung)	Seite 6
Die Naturschutzkampagne ("Das war sie also...")	Seite 7
Rezension: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen	Seite 7
Hungerstreik in Magdeburg	Seite 8
Kampagne zu den Folgen des Tabakanbaus	Seite 9
Erzwingungshaft für Atomkraftgegnerin	Seite 10
Revolte Springen	Seite 10
Termine & Adressen	Seite 11
Direct-Action-Tage in Magdeburg	Seite 12



Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

Impressum:

Herausgeber: ISSN 1612-2186

Greenkids Magdeburg e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg
Tel.: 01 62/78 68 204
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
www: www.gruenes-blatt.de

Hausanschrift:
Karl-Schmidt-Str. 4
39104 Magdeburg

Spendenkonto:
Stadtsparkasse Magdeburg
KNr.: 30 120 859
BLZ: 810 532 72

Mitwirkende Organisationen:

BUNDjugend Sachsen-Anhalt
NAJU Sachsen-Anhalt
Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

Redaktion:

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), Joris Spindler (jos), David Lähnemann (dal), Jean Sorgenacker (jes), Helge Sichtung

Fotos:

Falk Beyer, Greenkids-Archiv

Grafiken:

Greenkids-Archiv, Politisches Schnippelbilderbuch, Umweltschnippelbilderbuch, Gerhard Seyfried ("Wo soll das alles enden?")

Satz und Layout:

Willi Willsch, Falk Beyer, Joris Spindler, David Lähnemann

Druck:

Stelzig Druck Magdeburg

Auflage:

1000 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das Umweltamt Magdeburg gefördert.

Redaktionsschluss war der 14. November 2003.
Das grüne blatt wird auf 100% Altpapier gedruckt.
Nächste Ausgabe: 1-2004
Redaktionsschluss: 14. Februar 2004

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden Vertreter der verschiedenen Vereine sowie unabhängige MitarbeiterInnen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Portokosten (1,53 EUR) bei Greenkids Magdeburg e.V. nachbestellt oder online auf www.gruenes-blatt.de gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:

www.greenkids.de
www.naju-lsa.de
www.oezim.here.de

Sprachliche Konventionen:

Die AutorInnen verwenden jeweils ihre eigenen sprachlichen Konventionen. Zur Erläuterung: der Großbuchstabe (z.B. "I" wird benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Diese Konvention entwickelte sich aus der Gender-Diskussion und soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Dann steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für intersexuelle Bezeichnungen.



Mitglied bei

fjp>media
Verband junger Medienmacher

www.fjp-media.de

Marswesen besuchen das Wendland

Eine etwas andere Reportage über das alljährliche Spektakel um Atommüll

Jes Auch dieses Jahr wurden wieder zwölf Castorbehälter aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, in das Atomzwischenlager nach Gorleben gebracht. Und auch dieses Jahr demonstrierten wieder tausende von Atomkraftgegnern gegen diesen Transport, der von mehr als dreizehntausend Polizisten "bewacht" wurde. Neu war allerdings, dass das Publikum diesmal weiter zugeeignet war als je zuvor. Und damit sind nicht die Aborigines gemeint, welche aus Australien extra ins Wendland gereist

waren um ihre Solidarität zu bekunden und noch nicht einmal die römischen Legionäre, welche aus dem fernen antiken Rom zur Unterstützung der Polizei aufgebrochen waren, sondern ein paar Wesen vom Mars.

Diese hatten ihre Reise durch fremde Galaxien extra unterbrochen um dieses Spektakel besuchen und verstehen zu können. Dass dies für ein aufgeschlossenes Marswesen gar nicht so einfach war, zeigte sich schnell und so zog das tapfere Fernseherteam von „Mars TV“ zu den Menschi vor Ort um sie zu befragen. Schon nach wenigen Gesprächen ergab sich das sich die gesamte Bevölkerung in zwei Gruppen zu teilen schien. Auf der einen Seite sind die Grünmenschi, welche immer wieder versuchen Behälter mit radioaktiven Müll in eine große Halle zu anderen Müllbehältern zu bringen. Auf der anderen Seite sind die Buntmenschi und die Einheimischen des Wendlandes, welche versuchen diesen Müll nicht in die Halle zu lassen. Aber nicht nur von der Farbe her sind die Menschi sehr unterschiedlich.

Die Grünmenschi sind eine hierarchische Gesellschaft und sehr scheu.

Jeder von ihnen macht das, was ein anderer befiehlt und weil jedes Grünmenschi Angst hat etwas falsch zu machen, laufen oder fah-

ren sie weg wenn sie Marswesen begegnen. Trotzdem schaffte es „Mars TV“ mehrere von ihnen zu interviewen und so erfuhren die Marswesen von manch einem Grünmensch,



dass er nicht denken dürfe, von vielen dass sie nichts sagen dürfen und von allen dass sie nicht machen dürfen was sie wollen. Erst durch die Nachfragen von „Mars TV“ traute sich der ein oder andere Grünmensch seine Handlung einmal selbst zu hinterfragen, was aber auch Ärger mit seinen Vorgesetzten und eine Strafversetzung bedeutete.

Im Gegensatz dazu gab es wenig Hierarchien bei den Bunten. Jedes Menschi durfte denken, sprechen und machen was es und soviel es wollte. Und Niemensch war gezwungen hier zu sein.

Trotzdem liefen hunderte von ihnen in Gruppen oder auch einzeln auf die Transportstrecke, um damit ihren Wunsch nach einer Energieerzeugung ohne atomaren Wahnsinn, Kraft zu verleihen. So trafen

sie sich, in Heu gebettet, auf den Schienen und der Straße und wurden von den Menschi, die dort heimisch sind, versorgt

bei ihren Protestfeiern, Laternen- und Karnevalumzügen oder sonstigen kulturellen Veranstaltungen. Dass die Stimmung bei ihnen besser war als bei den Grünmenschi war auch für Wesen mit nur zwei Augen nicht zu übersehen.

Ein anderer Fakt, der „Mars TV“ gleich auffiel, ist dass die meisten Grünmenschi, im Gegensatz zu den Buntmenschi, gar keine Ahnung von dem Müll hatten, dessen Transport sie überwachten. Sie wussten weder darüber Bescheid, wie gefährlich er war, noch wie lange er gelagert werden musste, oder auch nur, warum er quer über ihren Planeten gefahren wurde. Aber auch hier ließ es sich „Mars TV“ nicht nehmen ihnen das nötige Wissen zu überlassen, bis sie wieder die Flucht ergreifen mussten.

Als Fazit stellt Mars TV fest, dass auch dieses Mal wieder die Grünmenschi das große Spiel um den lebensgefährlichen Müll gewonnen hatten. Pech für sie, dass sie damit aber eigentlich auch verloren haben, weil

ihr Planet von Jahr zu Jahr mehr verseucht wird. Und schade auch, dass die oberen Hierarchien der Grünmenschi, die natürlich nicht in die Nähe der gefährlichen Fracht kommen wollten und alles aus relativ sicherer Entfernung kontrollierten, trotz unseres

Versprechens, dass wir ihren Planeten gar nicht besetzen wollen, ihn weiter vernichten.



STICHWORT BAYER

Widerstand gegen

Konzernmacht. Konkret,

spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...

DER JÜNGSTE TAG

Das offizielle Atomkriegs-Szenario der US-Regierung

fb Eine Buchbesprechung

Ein unter höchste Geheimhaltung fallendes Dokument, "The Emergency Plans Book", steht im Mittelpunkt des Buches. Auf ca. 80 Seiten wird es wiedergegeben und kommentiert. Außerdem geben die Autoren einen kleinen Einblick in die politischen Hintergründe und Zusammenhänge der amerikanischen Atomwaffen-Politik. Nur für kurze Zeit war das Dokument zugänglich. Nachdem es in einem Akt allgemeiner Freigabe von Regierungsdokumenten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, wurde es bald wieder "top secret". Keeney hatte sich jedoch zuvor eine Kopie angefertigt, seiner Einschätzung zufolge vermutlich das einzige öffentliche Exemplar. Im Emergency Plans Book beschreibt der Direktor der Katastrophenschutz Behörde "Office Emergency Planning" für die höchsten Beamten der USA, was das Land im Falle eines Atomkrieges zu erwarten hat. Mit bis zu 50 Millionen Opfern rechnet das vom Nationalen Sicherheitsrat abgesegnete Memorandum; Wirtschaft und Kultur werden vollständig zerstört sein, das Militär soll die Rettung des Staates übernehmen. Deutlich wird in dem Dokument, dass die "Regierungsfähigkeit" zu erhalten das Ziel ist, nicht der Schutz der Bevölkerung. Keeney kritisiert dieses Außenverlassen der Bevölkerung immer wieder. Schade ist, dass die Autoren ziemlich unkritisch gegenüber der US-Politik auftreten. Obwohl die konkreten Abläufe der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 bei weitem nicht geklärt sind, übernehmen sie ohne zu hinterfragen die Regierungsdarstellung. Dass es menschenverachtend ist, tausende Menschen umzubringen, wird kritisiert; was fehlt ist eine Kritik an der menschenverachtenden Politik der

Industriestaaten, die täglich nicht weniger Opfer verursacht (nur dass dies den Menschen in den Industrieländern nicht so bewusst ist). Dieser Fakt entschuldigt keinen Anschlag, sollte aber auch nicht unerwähnt bleiben. Immer wieder wird positiv auf Präsidenten wie Eisenhower und Reagan Bezug genommen, die eigentlich durch ihre aggressive Politik einen ganz anderen Ruf innehaben. Hier wäre etwas mehr

Analyse dieser Politik sinnvoll gewesen. Das Emergency Plans Book diente der US-Regierung immer wieder, um neue atomare Programme (auch zur Abwehr eines provozierten Atomkrieges) zu begründen und in den Entscheidungsgremien durchzusetzen. Statt aus dem Wissen um die Vernichtung auch der eigenen Zivilisation eine Entschärfung der Atomkriegsgefahr herbeizuführen, wurde mit dem absurden Slogan "Atoms for Peace" - ein Gleichgewicht der Vernichtung herzustellen - die Atomrüstung fortgesetzt. Wenn klar ist, dass eine Gesellschaft durch einen Atomkrieg in die Steinzeit zurückversetzt würde, mutet es seltsam an, wenn der Umgang damit nur einen möglichst vernichtenden Gegenschlag beinhaltet. Darauf basiert

die "Atoms for Peace"-Politik: Die GegnerInnen sollen aus Angst vor einem Gegenschlag auf einen Angriff verzichten. Es geht also nur darum, auch im Todeskrampf noch die GegnerInnen vernichten zu können. Die notwendige Konsequenz aus dem Wissen um die Vernichtung heißt Abrüstung um jeden Preis. Wer einen groben Einblick in die Atomkriegs-Politik der USA möchte, sollte dieses Buch lesen. Ein allzu kritischer Umgang mit der amerikanischen Politik sollte aber nicht erwartet werden. Die Informationen kritisch zu lesen, lohnt jedoch allemal.

L. Douglas Keeney, Stephen I. Schwartz: "Der Jüngste Tag. Das offizielle Atomkriegs-Szenario der US-Regierung"; Siegler Verlag GmbH, Sankt Augustin; 2002 ISBN 3-87748-621-5



Wie sieht's aus mit dem Löwenzahn-Haus?

Löw Tja- manchmal dauert's eben etwas länger. Aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt. Und so gibt es zwar nicht viel Neues und schon gar nicht viel Positives zu berichten, aber so schnell lassen wir uns unsere Träume und Visionen nicht aus den Köpfen verjagen. Wir halten auch weiterhin an unserem Vorhaben fest, in Magdeburg ein ökologisches Projekthaus auf die Beine zu stellen.

Doch was ist nun inzwischen passiert und wie ist der aktuelle Stand?

Auf der Suche nach geeigneten Objekten wurden wir unter anderem auf die Thiemstraße 1 in Buckau aufmerksam. Das Gebäude steht seit einiger Zeit völlig leer und wurde zu dem Zeitpunkt von einer Bank zwangsverwaltet. Und nach zwei Besichtigungen waren wir uns einig: Hier könnte es Einzug halten, das Löwenzahn-Projekt. Genug Platz bot es allemal, auch der Hof war so geräumig, dass sich in ihm mit etwas Phantasie ein Ökogarten einrichten ließe. Zwar wies das Gebäude einige Schäden auf, aber im Großen und Ganzen nichts, was sich nicht vor allem durch viel Eigeninitiative zumindest erstmal provisorisch hätte beheben lassen. Am 23. September stand dann die Thiemstraße 1 im Amtsgericht Magdeburg zum wiederholten Male zur Versteigerung. Zu unserem Erstaunen waren wir nicht die einzigen Bieter und leider waren auch unseren finanziellen Mittel recht beschränkt, und so wurde das Haus an zwei andere Menschen versteigert.

Das war natürlich ein ziemlicher Rückschlag, war doch die tatsächliche Umsetzung unserer Projektidee endlich in greifbare Nähe gerückt. Und auch die parallel geknüpften Verhandlungen mit der IG-Metall wegen der Budenberg-Villa stagnieren zur Zeit. Fakt ist aber, dass die Villa in einem äußerst schlechten Zustand ist und es zwar sicher sehr reizvoll, aber vor allem auch sehr kostenintensiv wäre, dieses Gebäude wieder nutzbar zu machen. Diese Summen sind von Seiten der ProjektlerInnen unmöglich aufzubringen, da es sich vorrangig um junge Menschen in der

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt" für ein Jahr!

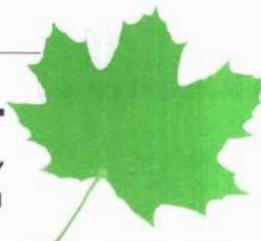
Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (4,-EUR/Jahr) 10 Exemplare (10,- EUR/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schickt das grüne blatt bitte an:

Name _____ Anschrift _____

grünes blatt

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

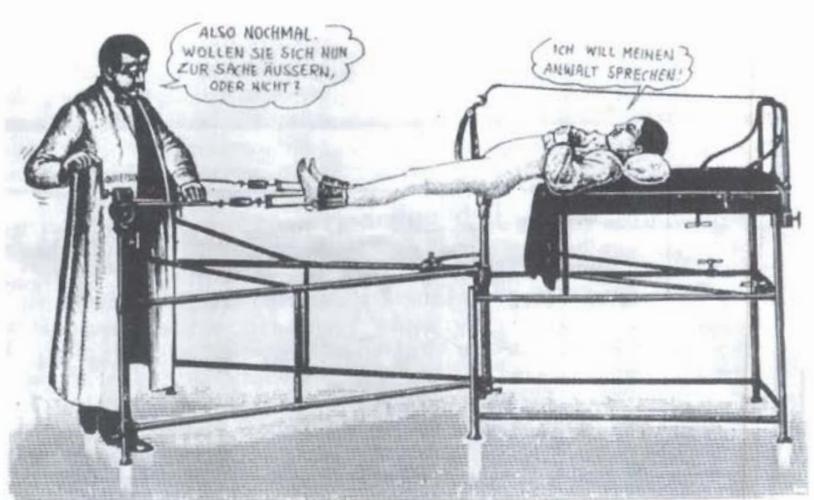


Ich will Abo !!!

Ausbildung handelt, die noch über kein eigenes Einkommen verfügen. Auch ein Bankkredit ist daher eher utopisch. Deshalb bemühen wir uns momentan um Fördermittel für das Löwenzahn-Projekt. Auch wollen wir versuchen zumindest Teile dessen, was im Löwenzahn-Haus einmal stattfinden soll, schonmal anlaufen zu lassen. Und im Augenblick ist das sogar schon teilweise gelungen. So wird zum Beispiel bereits jetzt jeden Freitagabend im Thiembuktu eine Volksküche angeboten, die oft sogar recht gut angenommen wird. Und auch ein (provisorisches) Offenes Büro befindet sich gegenwärtig in Räumlichkeiten der Greenkids in der Karl-Schmidt-Straße 4 im Aufbau. Im nächsten Jahr will der Löwenzahn e.V. dann auch verschiedene Veranstaltungen anbieten, die sich mit Themen befassen sollen, die auch später im Löwenzahn-Haus eine Rolle spielen werden. Das könnten etwa Tipps zum veganen Kochen, eine Einführung "Wie lege ich einen Ökogarten an?", eine Diskussionsrunde zum Thema "Anders Leben" oder eine Infoveranstaltung zu ökologischem Bauen sein.

Und natürlich finden auch weiterhin die monatlichen Treffen der Löwenzähne statt, wo weiter an den Ideen und der Umsetzung des Projekts gearbeitet wird. Wer also noch Lust hat mitzubasteln an unserer Vision von einem anderen (Miteinander-)Leben, ist dazu jeden dritten Freitag im Monat um 18.00 Uhr herzlich ins Thiembuktu (Thiemstraße 13, Buckau) eingeladen.

Folter per Gesetz?



s b
Gegenwärtig gibt es in Deutschland eine öffentliche Diskussion über die Legitimierung und Legalisierung von Folter in juristischen Ermittlungsverfahren.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch das Vorgehen des Vizepräsidenten der Frankfurter Polizei Wolfgang Daschner, der im Oktober letzten Jahres die Anweisung gab, dem mutmaßlichen Mörder eines 11-jährigen Entführungsoffiziers mit massiver körperlicher Gewalt zu drohen, um eine Aussage über den Verbleib des Jungen zu erzwingen. Und trotz der eindeutigen

Rechtslage hatte diese Folterandrohung, die im übrigen eine Straftat darstellt, bisher keine rechtlichen Folgen; Daschner ist auch weiterhin Vizepräsident der Frankfurter Polizei und steht auch nach wie vor zu seiner Aussageerpressung. Deckung erhält er zudem von Frankfurts Polizeipräsidenten selbst, der das Verhalten seines Stellvertreters "in vollem Umfang" billigt. Auch heißt es, dass mittlerweile schon Richter der obersten Gerichtshöfe in Karlsruhe über eine Aufweichung des Folterverbotes nachdenken. Und auch bis zu zwei Dritteln der Bevölkerung hielten in verschiedenen Umfragen die Anwendung von Folter in bestimmten Fällen für legitim.

Ausgehend von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (VN) von 1948 und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 ist das absolute und ausnahmslose Verbot der Folter durch die Anti-Folterkonvention der VN von 1984 und die der Mitgliedstaaten des Europarates von 1987 ein festgeschriebener Bestandteil des Völkerrechts. Auch die BRD bekennt sich bislang sowohl in ihrer Gesetzgebung als auch völkerrechtlich zur Ächtung von Folter. Eine Aufweichung des Folterverbots war auch in der öffentlichen Diskussion bisher ein Tabuthema. Mit den Frankfurter Ereignissen scheint dieses Tabu gebrochen zu sein. Mehr noch - die Debatte nimmt zunehmend den Charakter einer regelrechten Kampagne für die Legalisierung von Folter an. In den Medien wird das Thema jedenfalls sehr breit diskutiert. Und auch wenn der Grundtenor dabei in den meisten Fällen eher ein ablehnender sein dürfte, so ist es schon alarmierend genug, dass eine wie auch immer beschränkte Zulassung von Folter überhaupt wieder Gegenstand einer öffentlichen Diskussion werden konnte.



FUI

Hochschul-Umwelt-Info (HUI)

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) e.V.

Alles für Deine Öko- und Umweltschutzarbeit an der Hochschule und darüber hinaus!

Aktuelle Berichte, Hintergründe, Interviews, (Aktions-) Ideen, Termine, Comics, etc. - erscheint seit 1990

4 Hefte im Jahr mit wechselnden Schwerpunktthemen z.B.:

Erschienen: * 1/00 Expo - No! * 2/00 Verkehr: MoA/AtH * 3/00 Anti-Atom
* 4/00 Tauschringe * 1/01 Wirtschaft * 2/01 Gentechnik * 1/02 Gruppen-demokratie
* 2/02 Tierschutz * 3/02 Klima * 4/02 Energie * 1/03 Wald
Weiter erscheinen: * 2/03 Mobilität heute * 3/03 Ökologie an Hochschulen
* 4/03 Umweltschutz von unten * 1/04 Wasserökologie ...

Die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) ist das Netzwerk von ASten, USten, StuRas, Umweltgruppen, Öko- u. Verkehrsreferaten, Umweltinis und StudentInnen ...

Wir bieten außerdem: Aks, Seminare, Themenfaltis, spannende Aktivitäten und BundesökologieTreffen ...

Ich bin gespannt und möchte:

- Das FUI-HUI für Euro 10, -- / Jahr abonnieren
- Heft(e) Nr. _____ für je 2,50 Euro beziehen
- Kostenlos das nächste FUI-HUI als Probeheft
- Infos über die BSÖ e.V. / Themenfallblätter, Seminareinladungen, etc.
- Bitte schick mir eine Beitrittserklärung zu !

Schnippsel mit Deiner Adresse (inkl. Telefon und/oder email) ab an:

BSÖ e.V., c/o RefRat HU, Unter den Linden 6, 10099 Berlin
bsoe@studis.de, http://www.bsoe.info
Tel.: 030/20 93-17 49 (AB) , Fax: -23 96

Widerstand & Vision:

(Eine Fortsetzungs-Geschichte)

Geschichte der Umweltbewegung

In der letzten Ausgabe wurde die Etablierung von Strukturen im BUND und bei den GRÜNEN dargestellt. Daran schließen wir hier an.

Zweite Phase (Mitte 80er bis Anfang 90er Jahre):

Disziplinierung und Auflehnung

Nachdem sich BUND und GRÜNE als Organisationen mit Geschäftsstellen, einheitlicher Außendarstellung und klaren, hierarchischen Strukturen gebildet hatten, kam es zu einer internen, direkten Disziplinierung.

Ende der 80er Jahre rückte zudem der damalige Deutsche Bund für Vogelschutz, später Naturschutzbund, mehr ins Blickfeld, weil er sich thematisch öffnete und neben dem bisherigen reinen Vogelschutz auch natur- und umweltschutzpolitische Themen aufgriff. Zur Durchsetzung seiner Ziele nutzte er ähnliche Mechanismen wie der BUND: Große Mitgliederzahlen, geschlossenes Auftreten, Lobbyarbeit in den Hinterzimmern der Politik.

Ein gewisse Bedeutung in der umweltpolitischen Debatte gewannen die Anfang bis Mitte der 80er Jahre entstandenen Jugendverbände von BUND und Naturschutzbund. Insbesondere aus ihnen heraus wurden fundamentale ökologische Forderungen in den Umweltverbänden hochgehalten. Minderheiten des Erwachsenenverbandes stützten diese und gerieten damit in Konflikt mit den Verbandsoberen, die die Nähe zum Staat für wichtig empfanden und nicht durch radikale Forderungen oder Aktionen gefährden wollten.

Viele Vorstandsmitglieder auf höheren Ebenen waren zudem selbst Parteimitglieder oder Staatsbedienstete.

Mitte der 80er Jahre brachen die Spannungen in den Verbänden auf, kritische Strömungen kämpften intern um eine Veränderung der politischen Positionen und klagten, dass die hierarchische Gliederung der Verbände den Umweltschutz schwäche. Dieses Aufbegehren gegen die praktische Gleichschaltung der Umweltverbände mit staatlichen Positionen und Strukturen erreichte Ende der 80er Jahre seinen Höhepunkt.

Schließlich wurde von den Verbandsspitzen in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zu direkten Unterdrückungsmitteln gegriffen, da die Disziplinierung über die Einbindung in Verbandsstrukturen erfolglos blieb, weil der Protest unter anderem gegen genau diese Strukturen gerichtet war.¹

In den Jahren um 1990 kam es in vielen Verbänden sowie im Zusammenhang mit staatlichen

Naturschutzprojekten und -veranstaltungen zu verschiedenen Ausgrenzungen:

Verbandsausschlüsse, Sperrung von Geldern und Büros für "aufmüpfige" FunktionärInnen oder Teilgliederungen der Verbände, Entzug von Zuschüssen und Materialien oder Hausverbote bei Veranstaltungen.

1990/91 spaltete sich ein Teil der KritikerInnen aus den Jugendverbänden ab (siehe Kap. 3.6).

Bei den Grünen kam es fast zeitgleich zur Abspaltung des radikalen Flügels. Seitdem kann nicht mehr von "Fundis" gesprochen werden - bei den Grünen verblieben nur seichte ReformerInnen des Staates und solche, die gar nichts mehr verändern wollten. Ein Großteil der AussteigerInnen bei den Grünen um Jutta Ditfurth und Manfred Zieran gründeten jedoch sofort eine neue Partei (Ökologische Linke) und trugen damit ihren Teil der Schuld, dass es gar keinen gemeinsamen Versuch zum Aufbau einer außerparlamentarischen Bewegung gab (siehe Kap. 3.10).

Alle Formen der Repression seitens der weisungsbehafteten Gremien in den Verbänden waren demokratisch legitimiert, d.h. gewählte Vorstände oder von ihnen ermächtigte GeschäftsführerInnen agierten gegen die Personen, die ausgegrenzt werden sollten. Ausschlüsse liefen über die zuständigen Gremien.

Die Seilschaften, Abhängigkeiten und verdeckten Hierarchien machten aber möglich, dass nur sehr wenige SpitzenfunktionärInnen nötig waren, um die Entscheidungen herbeizuführen. Die gesamten Vorstände oder die Basisdelegierten billigten in den größeren Versammlungen dann das Vorgehen nachträglich, wobei ihnen meist das genaue Detailwissen fehlte, um die Vorgänge einschätzen zu können. Die Mächtigen der Verbände setzen sich in solchen Zweifelsfällen regelmäßig durch, da ihnen das größere Vertrauen entgegengebracht wird, sie über mehr internes Wissen verfügen und in Versammlungen die Herrschaft über die Tagesordnung und die Mikrofonanlage haben.

Repräsentative Demokratie bedeutet eine umfassende Ohnmacht derjenigen, die nicht auf gewählten Posten sitzen oder die nicht die Unterstützung der Oberen haben, verschärft und verschleiert durch die scheinbare Offenheit und Einbindung derer, die den Regeln unterworfen sind.²

aus: Jörg Bergstedt:

"Widerstand und Vision 1: Reich oder rechts? Umweltgruppen und NGO's im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie", IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation Frankfurt am Main - London, 2002

Dritte Phase (Anfang und Mitte der 90er Jahre):

Dialog und Anbiederung statt Konfrontation

Repression funktioniert nur innerhalb eines gewissen Rahmens. Eine Regierung kann unerwünschte Personen mundtot machen per Gefängnis oder Psychiatrisierung (bei Nicht-Deutschen auch per Abschiebung) oder Denunzieren über die Medien. Die Führung einer Organisation kann die unerwünschten Personen nur ausschließen. Sie läuft damit aber Gefahr, die Kritik bekannter zu machen und sich selbst zu gefährden.³ Zudem können ausgegrenzte Personen außerhalb des Vereins aktiv bleiben und stellen eine Konkurrenz dar.

Letztlich schaden die "Reibungsverluste" dem Verband. Daher wurden andere Mittel erprobt, die Integrationsprozesse fördern und damit die Schärfe aus der Diskussion nehmen. Wo aber Schärfe fehlt, treten in der Regel keine Veränderungen mehr ein, weil das Gefühl für ihre Notwendigkeit zurückgeht. Ohne Streit gibt es keine Entwicklung mehr.⁴

1 - Polarisierungen, Eskalation und Austritte bzw. Ausschlüsse sind stark auf einzelne Personen zurückzuführen, die sich nicht integrieren wollen, sondern klare Forderungen kompromißlos aufrecht erhalten. Das waren vor allem Jutta Ditfurth bei den Grünen sowie, weit weniger spektakulär, Thomas Schmidt und Jörg Bergstedt im Naturschutzbund Deutschland (ehemals Deutscher Bund für Vogelschutz).

2 - Demokratie, verschärft noch in der repräsentativen Form, d.h. bei Wahl von VertreterInnen für die eigenen Belange, ist eine Herrschaftsform - sowohl in Verbänden wie auch den demokratischen Staaten. Abstimmungen und Wahlen täuschen darüber hinweg.

3 - Auch hier ist Jutta Ditfurth ein wichtiges Beispiel, denn die Eskalation führte zunächst zur Kraftprobe und dann zur Abspaltung vieler Personen. Mitte der 80er Jahre versuchte der damalige Deutsche Bund für Vogelschutz, eine eigenständige Jugendorganisation zu verhindern. Der Druck auf den damaligen Bundesjugendsprecher Jochen Flasbarth und die Landesjugend Schleswig-Holstein führte aber nur zu Solidarisierungen und schließlich dazu, dass die Jugendorganisation erheblichen Einfluss gewann (siehe Kap. 3.6).

4 - Zum Streit muss aber auch eine kreative und gleichberechtigte Form des Streitens gehören. Dominanz im Streit verhindert ebenso Entwicklungsprozesse wie die harmonisierende Gleichschaltung.

www.Termine-Online.NET

Portalseite für Veranstaltungen, Seminare, Aktionen, etc.

- Termine selbst eintragen
- individuelle Terminseiten einrichten und auf die eigene WebSite abstimmen

DAS WAR SIE ALSO...

...die Naturschutzkampagne 2003. Zeit für Rückblick und Bilanz. Im April gestartet, liegen nun weit mehr als ein Dutzend Veranstaltungen hinter uns. Dazu gehörten Exkursionen, Infoveranstaltungen aber auch "praktische" Dinge wie eine Vogelarten- und eine chemische Gewässergütebestimmung am Schrotetast in Diesdorf oder die Pflanzung an der Großen Sülze in Barleben, die jetzt den Abschluss der diesjährigen Veranstaltungsreihe bildete.

Die Idee zu der Kampagne entstand, da einige Mitglieder der Greenkids meinten, dass das Thema Naturschutz in der letzten Zeit in der Vereinsarbeit etwas zu kurz gekommen war. So bestand der Wunsch sich wieder stärker mit diesem Bereich des Umweltschutzes zu befassen und auch andere Menschen

für die Thematik zu interessieren.

Und das Resümee fällt überraschend positiv aus! In viel stärkerem Maße als erwartet zogen vor allem die Exkursionen interessierte Menschen an. Bis zu 20 Personen nahmen an den einzelnen Ausflügen teil. Einige trafen wir zu mehreren Exkursionen wieder. Viele ältere Mitmenschen waren dabei, aber auch ganze Familien mit Kindern. Die Altersspanne war manchmal wirklich erstaunlich hoch. Selbst bei



widrigen Wetterbedingungen waren wir nie allein. Mai im Dauerregen, mal bei unerträglicher Hitze, mal zu Fuß und mal mit dem Rad, erkundeten wir unsere nächste und nähere Umgebung. So stand der Naturlehrpfad am Niegripper See nahe Burg ebenso auf dem Programm wie der Magdeburger Herrenkrug, die Kreuzhorst oder der Rotehornpark. Meist standen uns Referenten z.B. vom NABU oder vom Umweltamt mit ihrem Wissen zur Seite und so erfuhren wir auch immer viel Neues und Spannendes über die verschiedenen Naturgebiete. Neben den Exkursionen gab es wie erwähnt auch theoretisches "Rüstzeug" für den Naturschutz in Form von Info-Abenden z.B. zum Thema Klima, Landwirtschaft oder (Regen-)Wald. Diese wurden allerdings nicht ganz so gut angenommen. Und natürlich stellt sich uns nun die Frage, was der Grund dafür gewesen ist. Gewiss gibt es noch an so mancher Stelle Dinge zu verändern und zu verbessern.

Trotzdem bleibt das Fazit ein positives. Nicht nur, dass wir viele Menschen mit unserer Kampagne erreichten und sie vielleicht auch für Themen des Naturschutzes sensibilisieren konnten - wir haben auch selber viel gesehen und viel erlebt, uns mit neuen und interessanten Dingen befasst und konnten unser Wissen erweitern.

Deshalb wird es die Naturschutzkampagne auch im nächsten Jahr geben. Auch 2004 sind natürlich wieder alle Interessierten zu den Veranstaltungen eingeladen. Und auch über Vorschläge und Anregungen - z.B. zu Themen und Exkursionszielen, oder was man halt sonst noch zum Thema Naturschutz machen könnte - freuen wir uns immer. Das Programm der Naturschutzkampagne 2004 findet ihr vermutlich im nächsten grünen blatt. Wir sehen uns!

Das neue Schwarzbuch Markenfirmer

fb Klaus Werner und Hans Weiss tragen in ihrer Neuauflage des Schwarzbuch Markenfirmer Informationen über die schmutzigen Geschäfte bekannter Konzerne zusammen. Beispielhaft werden einige Dutzend Konzerne porträtiert, um bewusst zu machen, dass eigentlich mit jeder bekannten Marke menschenverachtende Geschäftspraktiken verbunden sind. Das ist auch nicht verwunderlich, denn ein Unternehmen kann sich kaum an eine wirtschaftliche Führungsposition bringen, wenn es mehr für die Menschen und den Umweltschutz tun würde als die Situation vor Ort es unbedingt erfordert.

Interessant zu lesen sind auch die wenigen scheinbar ehrlichen Versuche einiger Unternehmen, den Misständen Abhilfe zu tun, die aber immer scheiterten. Der Konflikt, für bessere Sozial- und Umweltstandards weniger Gewinn in Kauf nehmen zu müssen, lässt sich im Kapitalismus nicht umgehen. Aber die Mehrzahl der beschriebenen Konzerne ging und geht mit den Vorwürfen gegen ihre Praktiken mit Verleugnung oder Verharmlosung der Probleme um.

Was den Autoren auch gut gelingt, ist in all den Beispielen für menschenverachtende Geschäfte die Grundsätzlichkeit der Problematik zu vermitteln, die ohne eine Änderung im System nicht zu bewältigen ist. Schade ist, dass sie sich manchmal nicht eindeutig positionieren wollen (das ist aber nicht die Regel), weil ihrer Meinung nach dadurch weniger politisierte Menschen abgeschreckt werden könnten. So werden der Kapitalismus und Herrschaftsverhältnisse nirgendwo ausdrücklich angegangen, obwohl die Beschreibung der Zustände und der Unmöglichkeit diese im Rahmen des Systems grundlegend zu beseitigen, dargelegt wird.

Spannend sind auch die Berichte zweier Undercover-Recherchen, die die beiden vorgenom-



men hatten. In einem Fall versuchten sie Krankenhäuser zu finden, die zu unmenschlichen Experimenten bereit sind, in einem anderen sollte blutbeflecktes Coltan-Erz aus dem Kongo an große Konzerne verkauft werden. In beiden Fällen fanden sie Kunden - und machten diese öffentlich.

Dieses Buch ist sehr lesenswert, wenn mensch auch nicht erwarten sollte, eine studienartig ausgeführte Beweisführung vorzufinden. Es ist mehr eine Sammlung von publizierten Beispielen menschenverachtender Vorfälle.

Klaus Werner / Hans Weiss:
"Das neue Schwarzbuch Markenfirmer. Die Machenschaften der Weltkonzerne";
Franz Deuticke Verlagsgesellschaft m.b.H.,
Wien-Frankfurt/M., 2003
ISBN 3-216-30715-8

ZEITUNGEN IM ÖKOARCHIV

neben vielen Einzelheften enthält das Ökoarchiv regelmäßig erscheinende Zeitungen von

- Natur
- Greenpeace Magazin
- Robin Wood Magazin
- Regenwald Report
- Öko-Test
- Strahlentelex
- Anti Atom Aktuell
- Der Rabe Ralf
- und viele andere ...

das Ökoarchiv ist eine Kooperation zwischen Greenkids und Blaue Welt Archiv (BWA).

ihr findet es in der Thiemstr. 13 und könnt es im Rahmen der Öffnungszeiten des BWA (mittwochs 17-19⁰⁰) oder nach Absprache mit den Greenkids

Hungerstreik in Magdeburg

Andreas D. ist seit dem 27.10.03 vor dem Rathaus in Magdeburg in Hungerstreik getreten. Dies ist ein Interview mit Andreas D. erstellt am 5.11.03.

J.S.: Du hast lange Zeit in Wuppertal gewohnt und bist jetzt hier in Magdeburg vor dem Rathaus in Hungerstreik getreten, wegen der ungerechten Behandlung durch das Sozial- und Arbeitsamt in Magdeburg. Wie kam es dazu?

A.D.: Ich bin geschieden und bin im Oktober 2002 nach Magdeburg gezogen. Ich wollte Abstand haben und die Scheidung und alles beenden.

J.S.: Du hast vorher hier in Magdeburg gewohnt?

A.D.: Ja ich bin hier aufgewachsen, bin dann zwei mal in den Knast gegangen wegen Republikflucht und wurde dann 1982 ausgewiesen.

J.S.: Und jetzt bist du wieder zurück.

A.D.: Ja, aber eben noch nicht ganz. Irgendwas stimmt hier noch nicht, ich fühl mich wie auf dem Mond.

J.S.: Das ist ja ein relativ drastisches Mittel, was du ergreifst. Andere würden sich vielleicht darum bemühen wie sie in so einem Falle mit anderen Hilfsangeboten wie z.B. Suppenküchen und kostenlosen Übernachtungsunterkünften über die Runden kommen, wenn das Sozialamt nicht genügend Geld zahlt.

A.D.: Ich hatte 10 Monate Ärger mit dem Sozial- und Arbeitsamt, etwa 300 bis 400 Seiten Korrespondenz. Ich hatte sehr lange mit denen geredet und meine Argumente mitgeteilt und es ist ganz einfach nichts geschehen. Hungerstreik ist eigentlich ein letztes Mittel. Deswegen, weil ich zwei Monate, weil nicht registriert wurde, ich mit der Miete in Rückstand bin mein Telefon zweimal abgesperrt wurde, also mein Hausteleson. Mein Handy kann ich inzwischen auch nicht mehr bezahlen, was ich mir deswegen kaufen musste, weil mein Telefon abgesperrt wurde und der Strom wurde auch abgeschaltet. Geld zum Essen habe ich also auch nicht mehr und das ist dann der Punkt, wo man keinen Handlungsspielraum mehr hat. Ein Hungerstreik ist ein Handlungsspielraum, wo man noch was unternehmen kann. Manche unterstellen mir hier Erpressung, dann müsste man auch die Menschen, die bei der Wende auf die Strasse gegangen sind als Erpresser bezeichnen. Es ist legitim - auch vom Grundgesetz her - bei Anwirkung von Gesetzen, dass man solche Mittel anwendet. Ansonsten hätte man auch die ganzen Menschen, die bei der Wende damals auf die Strasse gegangen sind zur Verantwortung ziehen müssen.

J.S.: Ist das Sozialamt ist mit dir in Dialog getreten?
A.D.: Im Oktober 2002 bin ich hierher gezogen und

dann bin ich im Januar hingegangen zum Sozialamt. Dort wurde ich hin und her geschickt, musste Papiere besorgen, die ich nicht alle hatte, weil ein paar noch in Wuppertal waren und mir nicht zur Verfügung standen und die haben auch nicht sofort reagiert. Hab ich alles gefaxt, kann ich auch nachweisen, dass ich tätig gewesen bin also meine Mitwirkungspflicht erfüllt hatte. Mir hatte man damals schon von Anfang an Bekleidung verweigert, weil der Wohngeldantrag nicht fertig eingereicht war. Und den Regelsatz hat man auch nicht auf den Satz aufgefüllt, der vom Gesetzgeber vorgesehen ist. Der Regelsatz ist bis heute nicht aufgefüllt. Von der Bekleidung habe ich bis heute 10 Monate auch nichts gesehen, obwohl ich Anträge gestellt habe.

Zuzüglich kamen ab Mitte des Jahres laufend Kürzungen vom Arbeitsamt und vom Sozialamt, weil der Wohngeldantrag noch nicht fertig eingereicht war. Der Antrag war zwar abgegeben, aber es haben noch Unterlagen aus Wuppertal gefehlt, die ich auch gar nicht haben könnte und zwar eine Negativbescheinigung, dass ich aus Wuppertal kein Wohngeld beziehe. Das habe ich aber gefaxt und die Ämter hätten das auf dem Wege der Amtshilfe prüfen müssen. Ich

bin ja tätig gewesen. Aufgrund dessen hat man gesagt, der Wohngeldantrag ist noch nicht fertig und daher können Sie von uns keine Vorschussleistungen erhalten und das betrifft auch Bekleidungsgeld und alle anderen Sachen. Bevor dieser Wohngeldantrag nicht vollständig da ist kann ich laut dem Sozialamt nichts bekommen. Aber die Ablehnungsbescheide müssen begründet werden, damit die betroffenen sich auch wehren können. Das ist bis heute nicht geschehen. Eigentlich bewirkt auch ein Widerspruch eine aufschiebende Wirkung. Sie haben trotzdem die Kürzungen vorgenommen.

J.S.: Der Wohngeldantrag ist bis heute nicht fertig?

A.D.: Doch, ich habe Ende Juni das erste mal Geld bekommen, da wurde das dann auch entschieden und ich muss noch dazu sagen, ab Januar hatte ich Telefon angemeldet und im April wurde es mir gesperrt, weil ich es nicht bezahlen konnte. Weil mir auch der Regelsatz des Wohn- und Bekleidungsgeldes nicht zur Verfügung stand, sonst hätte ich das so ein bisschen ausgleichen können. Und da habe ich dann 700 Euro als Einmalzahlung bekommen. Viel zu spät und das mit der Bekleidung ist aber nach wie vor offen.

J.S.: Wie hoch ist der Sozialhilferegelsatz?

A.D.: 282 Euro hier in Magdeburg und wenn da noch Kürzungen eintreten oder etwas nicht gezahlt wird, kann es wirklich eng werden. Zu den 282 Euro kommt dann noch das Wohngeld und Miete, die geteilt vom Wohngeldamt oder Sozialamt übernommen werden. Da ich immer noch Arbeitslosenhilfe dazu bekam, wird das eigentlich verrechnet. In der Regel hat man nicht mehr als 282 Euro plus Bekleidung plus der anderen Dinge, die man noch separat beantragen kann z.B. Hausrat.

J.S.: Wie lange sitzt du jetzt schon hier und wie sind so deine Empfindungen?

A.D.: Ab Mittag begann der neunte Tag. Aufgrund der Artikel der Volksstimme und vom Radio SAW bekomme ich hier auch sehr negative Rückmeldung von Beschimpfungen bis zu Bedrohungen, sogar Mord rund um die Uhr eben wegen den Artikeln, weil die ganze Sache falsch berichtet wurde, zum Teil jedenfalls.

J.S.: Welche Details insbesondere waren falsch?

A.D.: In Details stand mehrfach: "Andreas D. weigerte sich: Callcenter nicht akzeptabel". Ich habe nicht einem Angebot vom Arbeitsamt nachgehen und es prüfen können. Ich habe das Arbeitsamt angeschrieben, dass ich nicht das Geld zur Verfügung habe Bewerbungen zu schreiben, Bewerbungsfotos zu machen und auch nicht dorthin zu fahren, auch nicht zum Arbeitsamt. Das ist nicht möglich mit 150 oder 180 Euro im Monat. Da hätten die also tätig werden können und ich habe das gefaxt. Und jetzt will man in der Presse nichts davon wissen. Man hätte mir das Geld zur Verfügung stellen müssen und sagen O.K., wenn Sie das Geld nicht haben, dann strecken wir das vor und dann fahren Sie da hin und bewerben Sie sich.

Ich kann nicht sagen, ob diese Angebote was gewesen wären, oder ob das Center gewesen wären, die ich sogar abgelehnt hätte. Das weiss ich ja nicht, ich habe sie ja nicht ersichten können und das ist der springende Punkt, ob man nun schreibt er lehnt es ab oder er hat nicht die Möglichkeit gehabt das zu sichten. Man stellt mich ja nun wirklich als Faulenzer hin.

J.S.: Würdest du es als schlecht empfinden ein Faulenzer zu sein, das kann ja doch auch ein ganz gemütliches Leben sein, oder?

A.D.: Ich habe die ganzen 10 Monate keine Freude empfunden, vielleicht die ersten zwei Monate wo ich

noch nicht beim Sozialamt war, was ich denen auch übrigens eingespart habe, diese Leistung in den Monaten, weil ich ja da keinen Antrag gestellt habe. Und ab Januar fing das dann an, da hatte ich dann überhaupt keine Freude mehr. Was ich davon halte etwas sinnvoller mit der Zeit oder mit dem Geld



umzugehen kann ich dir aus meiner eigenen Erfahrung nicht sagen. Mit 150 oder 180 Euro kann man nicht sinnvoll umgehen, das ist undiskutabel. Wenn man 1000 Euro verdienen kann und man hätte die Wahl, nur 800 zu verdienen und man hätte dafür etwas mehr Freizeit, könnte sich etwas mit sich beschäftigen oder der Umwelt, würde ich sagen das wird heute viel zu wenig getan und es wird viel zu viel von den Menschen verlangt.

J.S.: Wie ist deine persönliche Erfahrung mit den Ämtern?

A.D.: Immer dann wenn es für die Ämter zum Vorteil erscheint, die Möglichkeit besteht Geld einzusparen, wird auf diesen Paragraphen herumgeritten. Spätestens dann, wenn die Leute etwas zu bekommen haben oder wenn es um ein Rechtsmittel geht um Recht zu bekommen, wenn dann jemand diese Gesetze anwendet, die für ihn sprechen, dann will man von diesen Gesetzen nichts mehr wissen. Wenn, dann müssen die Gesetze für alle gelten, dann müssen sie auch alle anwenden können. Irgendwo können sich die Ämter auch einen Hänger leisten, aber dann müssen beide zurückstecken. Es kann nicht sein, dass einer sagt ja hier sind die Gesetze und dann wenn's ihm nicht mehr gefällt, dann will er von denen nichts mehr wissen.

J.S.: Und wer hat das jetzt zu verantworten?

A.D.: Das Wohngeldamt kann nicht entscheiden, aber in dem Moment wo die nicht entscheiden konnten und der Regelsatz nicht vorhanden ist - das ist ne Grundsicherung festgelegt durch das Gesetz hätte das Sozialamt das aufstocken müssen. Da gibt's kein Wenn und Aber, das wäre eine Pflicht gewesen. Auch meine Anträge anzunehmen zwecks Bekleidung und Haushalt. Ich mach dem Wohngeldamt höchstens den einen Vorwurf, dass sie nicht schnell angerufen haben und sich den Negativbescheid über den Wohngeldbezug in Wuppertal haben zuschicken lassen. Aber das Sozialamt bedingt, das aus meiner Sicherung in dem Moment ne Notlage geworden ist. Meine Sachbearbeiterin hat sich fast immer abgesichert und ist zu ihrer Vorgesetzten gegangen und hat sich ein O.K. geben lassen. Den Vorwurf könnte ich also höchstens der Vorgesetzten machen. Viele Dinge kann man erst nachempfinden, wenn man in so einer Situation steckt. Auch ich habe das nie richtig verstanden. Mir taten die Leute zwar immer Leid, die Abends und in der Nacht im Sommer oder wann auch immer auf der Bank oder auf der Erde draussen im Freien schlafen, aber erst jetzt begreife ich was das heisst. Das ist eben ein Unterschied, ob man das sieht und einem das Leid tut, wenn man das sieht, aber so richtig nachempfinden kann man das nie, wenn man das nicht mal selber erlebt hat. So ist das sicherlich auch mit den Beamten. Sie werden das wahrscheinlich nie so richtig begreifen, wenn sie nicht selber mal einen Antrag stellen müssen.

J.S.: Wie sind deine Erfahrungen hier draussen?

A.D.: Mir wurde hier ein Mantel gebracht und ein Pullover, weil ich mich am Anfang, wo ich hier den ersten Tag war, verschätzt hatte. Ich hätte das sonst mit den Sachen nie durchgehalten. Außerdem bringt mir ein Kameramann, der mich am ersten Tag hier

gefilmt hat, immer Abends eine Thermoskanne mit heissem Tee vorbei.

J.S.: Ist denn jemand vom Sozialamt bei dir vorbeigekommen?

A.D.: Es ist die Sozialsprecherin von der SPD gekommen und Menschen von der Sozialbetreuung und die waren auch alle sehr nett, aber die wollten das hinter der Tür klären. Aber ich habe das aus zwei Gründen abgelehnt. Zum einen geht es - das zeigen ja auch die Zeitungsartikel - gegen meine Würde. Ich habe mir nichts anzulasten, ich habe meine Pflichten erfüllt und ich möchte hier würdevoll herausgehen. Und zum zweiten, weil ich für die ganzen 10 Monate sagen kann, dass gegen mich mit unlauteren Mitteln gearbeitet wurde. Würde habe ich bei den Ämtern

nicht gehabt und ich finde das ist eine Frage, die an die Öffentlichkeit gehört. Ich finde, dass man das keinem zumuten darf.

J.S.: Hast du früher schon öffentlichen Protest gemacht?

A.D.: Ja, aber ich bin nicht ein Mensch, der das alle Monate plant und planen tu ich das schon mal gar nicht. Ich würde sowas

jederzeit dann machen, wenn mein Handlungsspielraum nicht mehr da ist, von den Dingen, die ich möchte oder die ich will. Wenn ich keinen Handlungsspielraum mehr zum leben habe, dann denke ich, dass ich das Recht dazu habe Aufmerksamkeit zu schaffen.

J.S.: Und was waren das bisher für Situation in denen du das angewendet hattest?

A.D.: Das war in Wuppertal wo ich eine Wohnung verloren hatte und mir eine neue Wohnung gesucht hatte, die übernommen werden sollte, dann aber doch nicht übernommen wurde. Zuerst waren wir dann im Rathaus und da hat man uns weggeholt. Dann bin ich auf das Rathausdach gegangen, wo man mich nicht wegholen konnte. Zum Schluss haben sie mir den Mietvertrag und den Wohnungsschlüssel oben auf das Dach gebracht.

J.S.: Wie siehst du deine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt?

A.D.: Ich hatte einen Antrag auf Umschulung, weil ich nachweislich einen Wirbelsäulenschaden habe. Ich hatte als Blechschlosser hart körperlich auf dem Dach gearbeitet. Dann hatte ich ein Fernstudium angefangen, dass ich dann aber auch nicht weiter bezahlen konnte. Ich denke, dass ich durchaus mit meiner Ich-AG etwas dazu verdienen kann. Ob das nun reicht, das weiss ich nicht, da wär ich ja auch ein Hellseher. Ich denke auch, dass ich an dem ein oder anderem Job vom Arbeitsamt Interesse gehabt hätte, wenn mir die Möglichkeit gegeben worden wäre dorthin zu gehen und auch was dazu gelernt hätte. Wenn noch mehr Geld da wäre, hätte ich mich auch noch irgendwo weitergebildet. Auch das hätte ich gerne gemacht. Ich lerne auch gerne, bin sehr wissbegierig. Alle diese Möglichkeiten waren nicht da bisher. Was die Zukunft angeht da denk ich - von mir weggedacht - von der Gesellschaft her, dass das mit diesen Plänen, die da von der Politik her im Raume stehen nicht zu machen ist, dass es also eher bergab gehen wird und wir in ein zwei Jahren so was ähnliches wie ne Revolution haben werden.

J.S.: Vielen Dank für das Interview.

Kampagne zu den Folgen des Tabakanbaus

Lotto sagt Zuwendungen zu

Gre Magdeburg. Anfang 2004 starten die Greenkids mit inhaltlicher Unterstützung aus der Hochschule Magdeburg-Stendal (F H) e i n e Kampagne zu den Umweltfolgen des Tabakanbaus. Im Rahmen des Projektes soll es im Sommer naechsten Jahres eine Veranstaltungswoche geben. Themen, die im Laufe der Kampagne behandelt werden, sind z.B. die Zerstörung von Urwald fuer die Tabakverarbeitung, der Zusammenhang zwischenpolitischen Vorhaben (Stichwort Afghanistan-Krieg, Innere Sicherheit) und dem Kauf von Tabakprodukten oder Verflechtungen zwischen Tabakkonzernen und rechtsex-tremen Organisationen.

Als erster Förderer hat die Lotto Toto GmbH 10.000,-EUR für die Kampagne bewilligt. Weitere Bescheide werden in den nächsten zwei Monaten erwartet.

Wer Interesse hat, an den inhaltlichen Recherchen in diesem Themenkomplex mitzuwirken, kann sich bei den Greenkids unter:

Tel. 0162-7868204 oder per E-Mail an mail@greenkids.de melden.

Anti-Atom in Magdeburg

AntiCastorNetz Magdeburg

www.AntiAtom.de/Magdeburg

Infotel.: 01 62-860 89 49

AntiCastorMD@gmx.de

- Aktuelles aus der Atom-Politik

- Infrastruktur zum Selbst-Aktivwerden

- Veranstaltungen & Aktionen

- Prozessinfos Magdeburger AtomkraftgegnerInnen

"Freiheit Satt" - Kleinkunst zwischen Musical, Kabarett und Punk

Die kulturelle Revolte erreicht die Elbe

Wir schreiben das Jahr 2222. Schon bei der Geburt bekommt jedes Kind eine fest mit dem Körper verbundene Karte - die persönliche Identitätskarte - zugeteilt. Ohne diese Karte funktioniert nichts. Nachdem das Bargeld abgeschafft wurde, können z.B. Einkäufe nur noch über die persönliche Identitätskarte erledigt werden. Besonders wichtig sind die auf der Karte gespeicherten Freiheiten, die jedem Bürger zugebilligt werden: Trinkfreiheiten, Informationsfreiheiten, Arbeitsfreiheiten....

Pech, wenn die Karte beschädigt oder die gespeicherten Freiheiten eingeschränkt werden. Die bestehende Ordnung ist hart, brutal und oft einfach nur von Willkür geprägt. Die totale Überwachung hat trotzdem ihre Sicherheitslücken. Und in diesen Lücken pulsiert Leben. Die Menschen innerhalb dieses Systems treffen täglich Entscheidungen, diese Entscheidungen sind

Dreh- und Angelpunkt der Story. Zur dritten bundesweiten Tournee von "Revolte Springen" haben sich 15 SchauspielerInnen zusammengefunden, die insgesamt 26 sympathisch-verrückte Charaktere spielen,



vom machtbesessenen Politiker Destroy Roy, dem Mad Professor, einer Diva und der subversiven Dizzy. Und wer mal gerade keine Rolle hat, schnappt sich ein Instrument und fängt an Musik zu machen. Mit großer Begeisterung des Publikums tourt die Gruppe aus Schauspielern, Musikern, Straßenmusikanten und Theaterleuten durch die

deutschen Großstädte mit dem Stück "Freiheit Satt".

Freiheit ist auch der Anlaß, aus dem die nicht unpolitische Theatergruppe nach Magdeburg springt:

Seit einem Jahr sitzen drei junge Magdeburger im Gefängnis, deren Gerichtsprozess elf Monate auf sich warten ließ. Die Bundesstaatsanwaltschaft wirft Carsten, Daniel und Marco die Bildung einer "terroristischen Vereinigung" nach § 129a StGB vor. Demnach hätte die Gruppe Anschläge auf Luxusautos, Firmenwagen von Großkonzernen und auf Polizeieinrichtungen verübt. Die Anwälte der Beschuldigten halten die Anklage dagegen als beweislos und werten sie als Versuch, "eine völlig legal arbeitende autonome Gruppierung in Magdeburg aus politischen Gründen zu kriminalisieren."

Ob die Staatsanwaltschaft den Prozeß gewinnt oder die drei Magdeburger, wird uns auch "Revolte Springen" nicht sagen können. Dafür erfahren wir von der Theatergruppe, in welche Richtung eine Gesellschaft gehen kann, in der bald an jeder Ecke eine Überwachungskamera installiert ist, Menschenrechte zugunsten staatlicher Befugnisse ausgehöhlt werden, und in der große private Konzerne mehr Macht besitzen als ganze Staaten. Ob das alles nur Orwell'scher Science Fiction oder eine reale Bedrohung ist, kann sich jedeR selbst ein Bild machen.

Joris Spindler, Helge Sichtung

Revolte Springen: "Freiheit Satt", 11. Dezember 2003, 20 Uhr, HÖT Alte Bude, Karl-Schmidt-Str. 12/13.

Erzwingungshaft für Atomkraftgegnerin

AntiCastorNetz erklärt sich solidarisch

ACN Eine Atomkraftgegnerin aus der Altmark soll in den nächsten Tagen eine dreitägige Erzwingungshaft antreten, weil sie gegen einen Castortransport protestiert hatte. Sie sollte ein Busgeld zahlen, hat das aber verweigert. Um sie dennoch zur Zahlung zu "überzeugen" soll sie mit Freiheitsentzug bestraft werden.

Die Atomenergienutzung ist eine menschenverachtende und umweltschädliche Technologie. Sie ist nicht sicher beherrschbar; das Risiko einer atomaren Katastrophe besteht mit jeder Atomanlage. Beim Uranabbau werden die indigenen EinwohnerInnen ausgebeutet, ihre Umwelt zerstört und schwere Gesundheitsschädigungen der ArbeiterInnen bewusst in Kauf genommen. Eine sichere Entsorgung des hochradioaktiven Atom Mülls über Millionen Jahre ist nicht möglich. Auch im Normalbetrieb wird eine zellschädigende "Niedrig-Strahlung" freigesetzt.

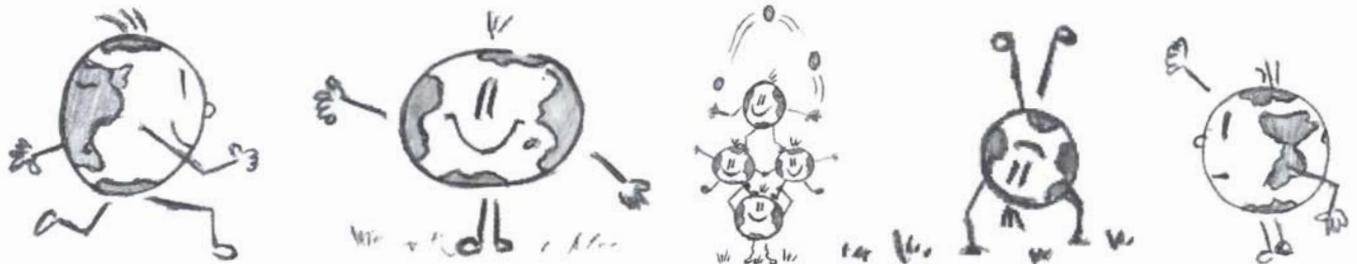
Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und die Ausbeutung von Menschen sind kaum vorstellbar ohne Herrschaftsinstrumente, wie Polizei und Justiz sie darstellen. Die Real-Demokratie legalisiert Standortentscheidungen gegen die Interessen und Bedürfnisse der betroffenen Menschen. Über Polizei und andere Repressionsorgane werden sie durchgesetzt. Herrschaftsverhältnisse sind überall in der Gesellschaft anzutreffen: zwischen ChefIn und ArbeiterInnen, LehrerInnen und SchülerInnen, Justiz und Menschen, "Frauen" und "Männern" etc.

Die hier thematisierte Erzwingungshaft stellt dabei nur den sehr offensichtlichen Teil des Repressionsapparates dar. Wir wollen sie aber gerade deswegen zum Anlass nehmen, Herrschaft zu thematisieren. Atomenergie ist ein Beispiel für Vorhaben, die gegen den Willen der Betroffenen durchgesetzt werden. Das ist demokratisch legalisiert, aber nicht unbedingt legitim. Denn dass Leute, die von

den Konsequenzen nicht betroffen sind, Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg fällen, ist nicht akzeptabel. Gerichte urteilen dann anhand von Gesetzen, die wiederum von einigen für alle gemacht wurden, über das Handeln der Menschen. Die Polizei setzt (zumindest in diesem Fall) solche Entscheidungen dann durch.

"Wir wollen wieder zu größerer Utopiefreundlichkeit anregen", sagt eine AktivistIn. "Die meisten Menschen scheinen sich mit diesem System, das ihnen viele Nachteile und Unannehmlichkeiten schafft, abgefunden zu haben. Sie scheinen PolitikerInnen, Wirtschaft und den Medien zu glauben, die verbreiten, dass dies noch immer die beste Alternative sei. Es sind viele Alternativen neben Kapitalismus und Herrschaft möglich; die Angst vor neuen Ansätzen sollte überwunden werden!"

Datum	Veranstaltung	Info bei
28.11.2003	20:00 Friedensnacht im P7	Studentische Antikriegsgruppe
06./07.12.2003	Greenkids-Zukunftswerkstatt	GK
06./07.12.2003	LATSCH! Workshop zu Flächen- und Ressourcenverbrauch mit Kochen	BUJU
07.12.2003	20:00 Jam Session im Thiembuktu	Thiembuktu
11.12.2003	20:00 Revolte Springen im Hot Alte Bude	Soligruppe
12.12.2003	Konzentrationslager in Magdeburg	BWA
14.12.2003	18.00 Infoabend "Verkehr" im Thiembuktu	GK
17.12.2003	20:00 Thiembuktu / WABE Projekt stellt sich vor	WABE
20.12.2003	Weihnachtsaktion in Magdeburg	AntiCastorMD
21.12.2003	Gedichte für jedeN & jedeR mit einem Gedicht im Thiembuktu	Thiembuktu
27.12.2003-03.01.2004	Jugendumweltkongress (JUKB) in Heidelberg	JUKB
04.01.2004	Jam Session im Thiembuktu	Thiembuktu



Adressenliste:

AntiCastorMD

c/o BUND
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg
Tel.: 01 62-860 89 49
AntiCastorMD@gmx.de
www.antiatom.de/magdeburg

BI OFFENE HEIDE:

Bürgerinitiative OFFENE HEIDE
Helmut Adolf
Vor der Teufelsküche 12
39340 Haldensleben
Tel.: 03 904/4 25 95
Fax: 03 904/46 49 33

BlaueWeltArchiv & Thiembuktu:

Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/408 290 81 (BWA)
bzw. 400 33 67 (Thiembuktu)
Fax: 03 91/408 290 82 (BWA)
Blaue-Welt-Archiv@web.de
http://www.bwa.black-red.de

BUND & BUJU:

Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen-Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 33 361 (BUND)
bzw. 5 44 09 78 (BUJU)
Fax: 03 91/54 15 270
bzw. 5 41 52 69 (BUJU)
bund.sachsen-anhalt@bund.net
www.bund-sachsen-anhalt.de

Greenkids:

Greenkids Magdeburg e.V.
PF 32 01 19, 39040 Magdeburg
Hausanschrift:
Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg
Tel.: 01 62/78 68 204
mail@greenkids.de
www.greenkids.de

Infoladen-MD:

Vernetzung emanzipatorischer
Gruppen in Magdeburg
Infotelefon: 01 62-860 89 49
infoladen@magdeburg.gruenes-blatt.de
http://magdeburg.gruenes-blatt.de

NAJU:

Naturschutzjugend im NABU LSA
Landesgeschäftsstelle
Schleiufer 18a, 39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 37 37 5
Fax: 03 91/56 19 349
mail@naju-lsa.de
www.naju-lsa.de

ÖZIM:

Öko-Zentrum und -Institut
Magdeburg e.V.
Harsdorfer Str. 49, 39110 Magdeburg
Tel.: 03 91/7 31 59-80
Fax: 03 91/7 31 59-82
oezim@t-online.de
www.oezim.here.de

Löwenzahn:

Löwenzahn e.V.
Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Tel.: 01 62-860 89 49
mail@projekthaus-loewenzahn.org
http://projekthaus-loewenzahn.org

Regelmäßige Termine

Mahnwache gegen den Krieg:
montags, 17⁰⁰, Ecke Ernst-
Reuter-Allee/Breiter Weg
[Friedensbewegung MD]

ATTAC-Plenum:
2. & 4. Montag im Monat,
19³⁰, eineWelt-Haus,
Schellingstr.
[ATTAC]

Unabh. Sozialhilfeberatung:
dienstags, 9⁰⁰ bis 13⁰⁰,
Thiembuktu
[bedarfsgerecht]

Blaue Welt Archiv (BWA):
mittwochs, 17⁰⁰ bis 19⁰⁰
[BWA]

Treffen Uni-Friedensgruppe:
dienstags, 19⁰⁰, Latté da,
Erzbergstr.
[Uni-Friedensgruppe]

Café im Thiembuktu:
mittwochs und sonntags, 20⁰⁰
[Thiembuktu]

FoodCoop
donnerstags 16⁰⁰-18³⁰, ÖZIM
[FoodCoop]

Friedensini Magdeburg:
1. Montag im Monat, 17⁰⁰,
Ecke Ernst-Reuter-Allee/
Breiter Weg
[Frieden jetzt]

['solid]-Infostand
Donnerstag nach dem 1.
Freitag im Monat, 16⁰⁰-18⁰⁰ in
der Innenstadt
['Solid]

vegan/vegeta-
rische Vokü:
freitags, 18⁰⁰,
Thiembuktu
[USK]

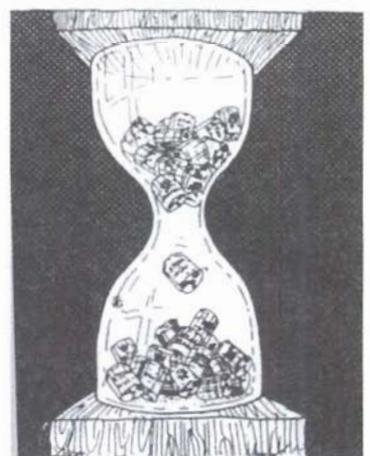
Greenkids-
Treffen:
1. Freitag im
Monat, 18⁰⁰,
Büro
[Greenkids]

['solid]-Treffen:
1. & 3. Freitag
im Monat, 20⁰⁰,
Ebdorfer Str.
4
['Solid]

Löwenzahn-Treffen:
3. Freitag im Monat, 18⁰⁰,
Thiembuktu
[Löwenzahn]

Friedensweg:
1. Sonntag im Monat, 13⁰⁰,
Colbitz
[OFFENE HEIDE]

Teures Erbe



“Direct Action Tage” in Magdeburg

DA Vom 22.10. bis zum 25.10.03 fanden in Magdeburg die Direct Action Tage statt. Dabei wurde in verschiedenen Workshops über Themen wie "Knast, Justiz, Polizei abschaffen ?!", "kreative Antirepression" oder "Subversion, Kommunikationsguerilla, verdecktes Theater, etc"" diskutiert.

Neben den Diskussionen wurde das Gelernte aber auch praktisch angewandt, zum Beispiel in einem "Molli Workshop" vor dem Landeskriminalamt und später in der Innenstadt, mit dem auf das 129a Verfahren hingewiesen werden sollte.

Am Samstag, entschied sich dann ein Bürgerbündnis "Mehr Sicherheit für Magdeburg" eine Demo in Magdeburg unter dem Motto "Für ein sauberes und sicheres Magdeburg" zu veranstalten.

Die Teilnehmer dieser Demo forderten fröhlich ein Polizeispalier, zwei Polizisten pro Bundesbürger, mehr Demoaufgaben, widmeten der Überwachungskamera auf dem "blauen Bock" einen ganzen Gottesdienst und feierten jeden Polizisten, der in der Stadt herum lief. Und an diesem Samstag liefen, aufgrund der "Anti-129a- Demo" gegen welche sich das Bündnis lautstark empörte, sehr viele herum.

Die Polizei versuchte so krampfhaft die Demoteilnehmer und ihre Forderungen zu ignorieren, dass einige Teilnehmer es trotz engagierter Versuche und aggressiven Bettelns bei der Polizei nicht schafften, in einer der Kontrollstellen kontrolliert zu werden.

Obwohl dies nur eine kleine Demo war, begeisterte sie Teilnehmer wie Umherstehende sehr und lässt auf mehr solcher Aktionen in Zukunft hoffen.

Und übrigens die Angeklagten des 129a Verfahrens sind nun wieder auf freiem Fuß.

